Rotary Club Stolzenau

RYLA ROTARY YOUTH LEADERSHIP AWARDS

Rotary Club Rehburg-Loccum am Kloster

RYLA-Sommerakademie:

„Gerechtigkeit – Anspruch und Wirklichkeit“

HVHS Loccum, 31.07.-02.08.2017

Protokoll

31.07. Montag - Theorien der Gerechtigkeit

Block I.

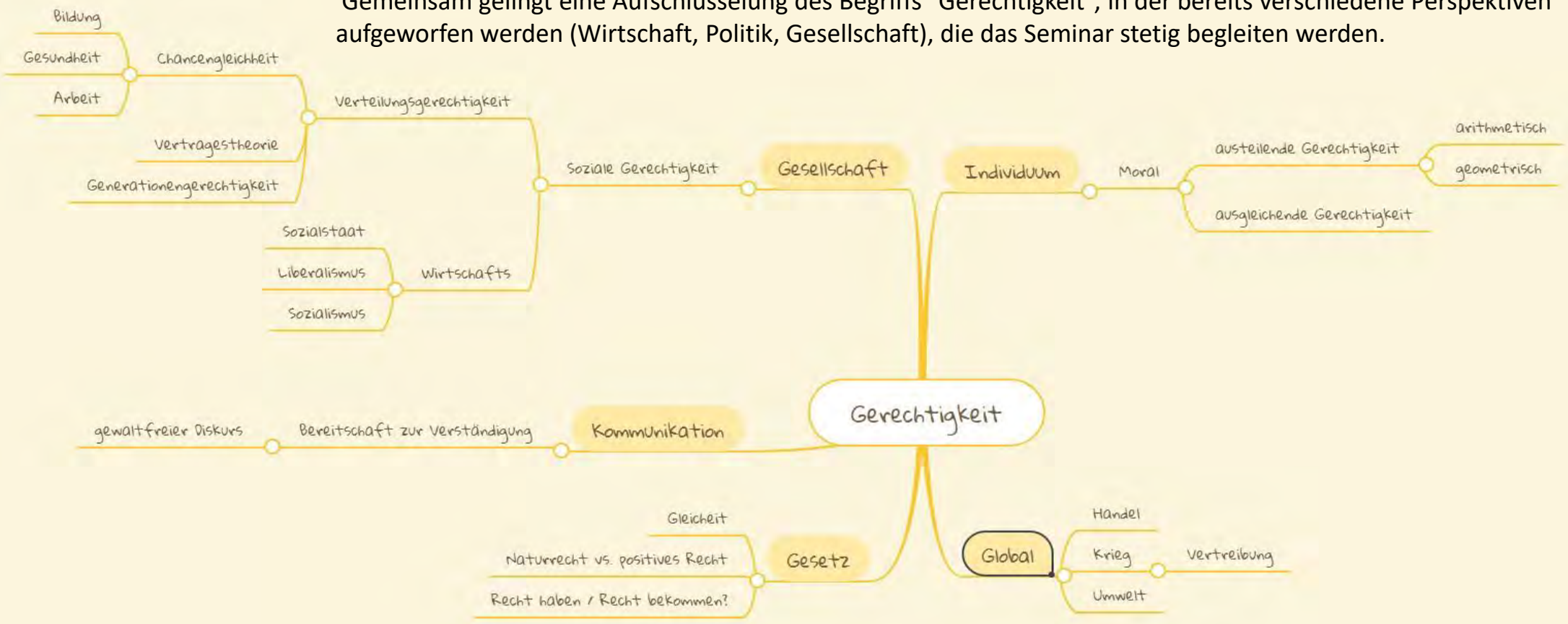
Das Seminar beginnt mit einem **Kurzinput**: “Gerechtigkeit” wird als nahezu omnipräsentes Diskussionsgegenstand in Deutschland und der Welt beschrieben. Generationengerechtigkeit, globale und ökologische Gerechtigkeit sowie Verteilungs- und Chancengerechtigkeit sind wichtige Fokuspunkte der öffentlichen Debatte rund um den Globus. Neben politischen und ethischen Aspekten der Gerechtigkeit wird auch **kommunikative Gerechtigkeit**, die Möglichkeit an einem “herrschaftsfreien Diskurs” (Habermas) teilzunehmen, seine Argumente darstellen zu können und letztendlich die Freiheit, andere durch das bessere Argument zu überzeugen - oder aber sich überzeugen zu lassen.

Eine **Blitzumfrage zur Wahrnehmung von Gerechtigkeit** im Umfeld der Teilnehmer erbringt die Beobachtung, dass ungerechte Verhältnisse mit zunehmender Entfernung zur eigenen Lebenswelt wahrgenommen werden: Während beinahe jeder der Meinung ist, in seinem unmittelbaren Umfeld herrschten “sehr gerechte” Zustände, so denken die meisten, dass es in Deutschland nur “eher gerecht” bis “eher ungerecht” zugehe. Auf globaler Ebene ist jeder überzeugt, dass sich die Verhältnisse “eher ungerecht” oder sogar “sehr ungerecht” darstellen. Beispiele für “gerechte” oder “ungerechte” Trends der Teilnehmer spiegeln dies wider: Während viele von privaten Initiativen im eigenen Umfeld berichten, welche Gerechtigkeit fördern (Hausaufgabenhilfe) werden in der globalen Arena vor allem Staaten oder Politiker für ungerechtes Handeln verantwortlich gemacht (Trump, 3. Welt)

Direkt genannt wird das **Stichwort Chancengleichheit**. Besonders das Thema Gleichstellung im Spannungsfeld zwischen individueller **Leistungsgerechtigkeit und Ergebnisgleichheit** beschäftigt die Teilnehmer. Bei der Herstellung eines solchen Ausgleichs auf gesellschaftlicher Ebene rückt die **Rolle des Staates** in den Blick.

Vor dem Hintergrund der durchgeführten Blitzumfrage stellt sich jedoch die Frage, ob Gerechtigkeit tatsächlich effektiv durch den Staat vermittelt werden kann - geben doch alle Teilnehmer zu Protokoll, Gerechtigkeit vor allem in privaten Initiativen (Nachbarschafts-, Hausaufgabenhilfe) oder im lokalen Bereich (Vereine, Gruppen) verwirklicht zu sehen. Je mehr eine Handlungsarena durch “das Politische” durchdrungen ist (national/internationale Politik), desto eher beschreiben Teilnehmer diese als “ungerecht”. **Welche Rolle kommt dem Staat also mit Blick auf die Herstellung von Gerechtigkeit zu – fördert er diese, oder schafft er zuweilen eher Systeme der Ungerechtigkeit?**

Gemeinsam gelingt eine Aufschlüsselung des Begriffs “Gerechtigkeit”, in der bereits verschiedene Perspektiven aufgeworfen werden (Wirtschaft, Politik, Gesellschaft), die das Seminar stetig begleiten werden.



Im folgenden Theorieteil wird von Tjerk die Rolle des Staates bei der Schaffung von Gerechtigkeit anhand verschiedenen Vertretern der **politischen Theorie** von der Antike bis zur Gegenwart nachvollzogen. Besonders herausgestellt wird die antike Sichtweise bei Platon und Aristoteles, wo Gerechtigkeit nur durch und im Staat verwirklicht werden kann. **Platon** geht davon aus, dass der Staat vor allem eine ordnende Funktion hat und **jedem Bürger ermöglichen sollte, gemäß seiner Fähigkeiten und Bedürfnisse zu leben - dies ist für ihn gleichbedeutend mit Gerechtigkeit**.

Wichtiges Merkmal des Staates ist seine Rolle bei der **Zähmung schlechter Eigenschaften** wie der Habgier, der Feigheit und der Ignoranz innerhalb staatlicher Institutionen und auch bei den Bürgern. Für **Aristoteles** ist Gerechtigkeit ebenfalls fest innerhalb staatlicher Strukturen verankert. Der Philosoph sieht ebenfalls den Zustand des Staatswesens eng mit dem menschlichen Charakter verwoben und warnt von “unausgeglichenen Staatsformen”, in welchen eine Fraktion vor allem den eigenen Wohlstand zu mehren sucht: etwa ein Einzelner (Tyrannis), einige wenige (Oligarchie) oder nur die Armen zum eigenen Vorteil (Demokratie - ein Ausdruck der bei Aristoteles eindeutig negativ besetzt ist).

Besser sei es, stets den **Ausgleich zwischen unterschiedlichen Ansprüchen** zu finden, Fraktionsbildung und Habgier zu vermeiden und stets **“das Mittlere”** zu suchen. So müsse der gerechte Staat weder das Horten von Reichtümern zulassen, noch erlauben das einzelne Bürger in völliger Armut versinken. Auch auf persönlicher Ebene gelte es, ausgeglichen zu Wirtschaften und weder geizig, noch verschwenderisch zu sein.

Beide Theoretiker geben einen guten Spiegel der **antiken politischen Philosophie** ab, in der Staat und Mensch auf Augenhöhe gedacht werden: Der Staat ist immer ein direktes Spiegelbild der in ihm vertretenen Menschen - ein gerechter Staat zieht gerechte Menschen heran und gerechte Menschen stützen einen Staat, der sich auf Gerechtigkeit gründet. **Ziel des Staates ist es, den Menschen ein sittlich korrektes und letztendlich gerechtes Zusammenleben zu ermöglichen**. Obwohl diese Vorstellungen bereits annähernd 2500 Jahre alt sind, wirken sie bis in die jüngste Ideengeschichte hinein und haben auch moderne Denker wie Marx, Hegel und Rawls entscheidend beeinflusst. In der politischen Diskussion ist vor allem Aristoteles Idealvorstellung von der Suche nach dem "Mittleren" bis heute sehr präsent - man denke etwa an die Diskussion über Managergehälter, die Bedeutung eines starken Mittelstandes und den Grundgedanken des Sozialstaates.
Von der Antike erfolgt anschließend ein Sprung in die frühe Neuzeit. Vorgestellt wird **Niccolo Machiavelli,** der mit einem **machtzentrierten Politikmodell** die antike Vorstellung von gerechtem Handeln und der Gerechtigkeit als Staatsziel auf den Kopf stellt. Für Machiavelli ist der Staat kein Vehikel zur Herstellung von Gerechtigkeit, sondern schlicht ein Garant der Stabilität - die Alternative zu Chaos und Krieg. Geprägt durch die Zustände in Italien im ausgehenden 15. Jh. - ein Flickenteppich aus sich endlos bekriegenden Stadtstaaten, ohne feste zentrale Gewalt - argumentiert er für ein Staatswesen, das sich keiner Vorstellung von Gerechtigkeit verpflichtet fühlt, solange dies nicht ausdrücklich dem Staatserhalt förderlich ist. **Moral ist für ihn ein Mittel zum Machterhalt und Politiker/Fürsten sollten täuschen und betrügen solange es dem Staatserhalt dient**.
Auf dieser Sichtweise bauen die Überlegungen von **Thomas Hobbes und John Locke** auf, die im Folgenden dargestellt werden. Beide sehen den Staat als das Ergebnis einer (unfreiwilligen) Übereinkunft der Menschen untereinander an - als Ergebnis eines **Gesellschaftsvertrages**. Beide zählen daher zu den **Vertragstheoretikern**, welche die philosophische Landschaft des 17. Jh. entscheidend prägten. Beide argumentieren, dass ohne Staat die Leute zwar freier, gleichzeitig aber ständig durch ihre Mitmenschen bedroht seien, die aus Habgier oder schlichter Streitlust den Besitz oder sogar das Leben bedrohen. Hobbes schlägt als Ausweg aus diesem **Krieg aller gegen alle** einen absolutistischen, starken Zentralstaat vor. Dieser ist, ebenso wie bei Machiavelli, keiner Vorstellung von Gerechtigkeit oder Tugend verpflichtet, sondern nur dazu aufgerufen, sein Gewaltmonopol umfassend gegen alle Untertanen durchzusetzen und einen **negativen Frieden** (1) der Menschen untereinander zu erzwingen - wozu er Enteignung genauso nutzen kann wie harte körperliche Strafen und Zensur.

Mit **John Locke** tritt ein gemäßigterer Theoretiker auf den Plan. Laut ihm besteht die Grundaufgabe des Staates im **Schutz von Leben, Freiheit und Besitz aller Bürger** (2). Locke beschreibt hier als einer der ersten Theoretiker die Sicherung von Besitz, für ihn das Ergebnis individueller Arbeit (3). Der Staat soll sich in das Zusammenleben nur dann einmischen, wenn Leben, Freiheit oder Besitz seiner Bürger konkret bedroht ist. **Gerechtigkeit bedeutet für ihn daher vor allem, dass Menschen das Ergebnis ihrer Arbeit frei und sicher genießen können** - der Staat darf jedoch in engen Grenzen auf das Vermögen seiner Bürger zurückgreifen um diesen Aufgaben nachzukommen. Dies bezieht sich vor allem auf die Einrichtung von Polizei, Armee und Verwaltung - doch ist es bereits vorstellbar, wie an solche Überlegungen bereits Vorstellungen einer staatlich geregelten Gesundheitsversorgung anschließen können.

Mit **John Locke** tritt ein gemäßigterer Theoretiker auf den Plan. Laut ihm besteht die Grundaufgabe des Staates im **Schutz von Leben, Freiheit und Besitz aller Bürger**.

Locke beschreibt hier als einer der ersten Theoretiker die Sicherung von Besitz, für ihn das Ergebnis individueller Arbeit3. Der Staat soll sich in das Zusammenleben nur dann einmischen, wenn Leben, Freiheit oder Besitz seiner Bürger konkret bedroht ist. **Gerechtigkeit bedeutet für ihn daher vor allem, dass Menschen das Ergebnis ihrer Arbeit frei und sicher genießen können** - der Staat darf jedoch in engen Grenzen auf das Vermögen seiner Bürger zurückgreifen um diesen Aufgaben nachzukommen. Dies bezieht sich vor allem auf die Einrichtung von Polizei, Armee und Verwaltung - doch ist es bereits vorstellbar, wie an solche Überlegungen bereits Vorstellungen einer staatlich geregelten Gesundheitsversorgung anschließen können.

Locke steht als einer der ersten Philosophen für das Modell einer bürgerlichen Gesellschaft, die sich vor allem auf die Garantie von allgemeinem Besitz und einen Minimalstaat stützt. Konkret abgelehnt wird dieses Modell im Folgenden von John-Jacques Rousseau und Karl Marx. Beide gehen davon aus, dass ein Staat, der vor allem Besitzrechte festschreibt und garantiert keinesfalls als gerechtigkeitsfördernd, sondern als Motor größter Ungerechtigkeit angesehen werden kann. **Rousseau**, ein Philosoph des 18. Jh., dessen Gedanken die Französische Revolution entscheidend beeinflussten, geht davon aus, dass die **„Anhäufung von Besitz ein Grundübel menschlichen Zusammenlebens"** darstellt und Menschen über die Zeit immer mehr voneinander entfernt. Er beruft sich, ähnlich wie schon Platon, auf eine strikte Orientierung an individuellen Bedürfnissen und Mäßigung, um wachsender Ungerechtigkeit vorzubeugen. Der Staat soll vor allem die Anhäufung von großem Besitz verhindern und die Eigeninteressen seiner Bürger zähmen.

Karl Marx schließlich breitet eine Universaltheorie der Geschichte, aufbauend auf unterschiedlichen Eigentums-/Produktionsverhältnissen, aus. Sein Beitrag ist - wie aufbauend auf den bereits vorgestellten Theoretikern dargestellt wird - ein Versatzstück aus gut 2500 Jahren Ideengeschichte. **Gerechtigkeit kann laut ihm im herkömmlichen Staat überhaupt nicht erreicht werden**, da jeder Staat, der Eigentum zulässt, nur inhärent **ungerechte Verhältnisse zwischen Klassen**, jenen im Besitz von Produktionsmitteln und jener ohne dieselben, fördert. Er argumentiert daher für den Entwurf einer **klassenlosen Gesellschaft**, **ohne Privateigentum** und ohne ein Streben nach „mehr haben wollen". Die **Probleme dieses radikalen Ansatzes** werden einerseits mit der Diskussion der Unmenschlichkeit und Ungerechtigkeit sämtlicher bisher marxistisch-argumentierender Systeme (UdSSR, China, Venezuela), andererseits mit dem Verweis auf die Frage, wie eine Ausschließung von Besitzdenken erreicht werden kann, und - in Block III. - mit einem Hinweise auf die Vorteile von Eigentumssicherung zur Bekämpfung von Armut weltweit, aufgezeigt.

---

1 Negativer Friede meint nur die Abwesenheit von physischer Gewalt, strukturelle Gewalt (Ungleichheit, Diskriminierung, Zensur) kann weiterbestehen
2„Protection of Life, Liberty and Estate"
3 Sog. Arbeitswerttheorie: Der Wert eines Dings entspricht der Arbeit, die ich hineingesteckt habe; ich kann überhaupt nur besitzen, was ich bearbeitet habe – lasse ich ein Stück Land brachliegend, so kann es problemlos dem gegeben werden, der es dann bearbeitet.

Gerechtigkeit im Staat

Block II.
Dominik führt diese Diskussion fort und vollzieht den Übergang in die Moderne: Wie kann der Staat Gerechtigkeit herstellen und dies in den gegebenen Arbeitsverhältnissen des Kapitalismus umsetzen: Wann und wo sollte der Staat umverteilen – wann ist Umverteilung gerecht?
Diese Frage sollen die Teilnehmer zunächst in einem **Rollenspiel** selbst beantworten. Dabei erhalten sie verschiedene Rollenkarten, die ihnen die Charakteristiken einer fiktiven Person vorgeben, deren Interessen sie in der folgenden Diskussion vertreten sollen. Die Teilnehmer der Gruppe A finden in ihrer Rollenbeschreibung eher schlechte persönliche Voraussetzungen (geringe Bildung, niederes Einkommen, gesundheitliche Probleme) - während die Teilnehmer der Gruppe B im Durchschnitt Personen mit einem hohen Einkommen dank sehr guten Ausbildungsmöglichkeiten vertreten, die für ihre Gesundheit selbst vorsorgen können.
Beide Gruppen sollen in der Folge getrennt voneinander über die Finanzierung von Studiengebühren, die Besteuerung hoher Einkommen und die Konzeption des Gesundheitssystems diskutieren und dabei konkrete Richtwerte nennen.
Die Gruppen kommen tatsächlich aufgrund ihrer Rollenverteilung zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Es reift die Erkenntnis: **Was politisch als gerecht eingeschätzt wird, hängt fundamental von den eigenen Voraussetzungen und Lebensentwürfen ab.** Alle sichern sich umfassend gegen Gefahren aus ihrer Biographie ab (z.B.: Menschen, die im Alter das Risiko von Krankheit sehen, argumentieren eher für eine umfassende Gesundheitsvorsorge). Dem Staat wird allerdings immer eine Rolle bei der Grundsicherung eingeräumt – in der Diskussion wird schnell deutlich, dass viele Verhandlungen von gerechten Institutionen an Informationsdefiziten scheitern; Unsicherheiten über den Verlauf der eigenen Biographie etwa. Gleichzeitig wird anhand einer Reihe von Beispielen – Datenschutz und ärztliche Schweigepflicht – deutlich gemacht, wie schwer schon vor einem Informationshintergrund eine Balance zwischen Freiheit (freie Verfügung über eigene Daten) und Gerechtigkeit gelingen kann. Ist eine Auflösung dieser Position in der Moderne möglich?

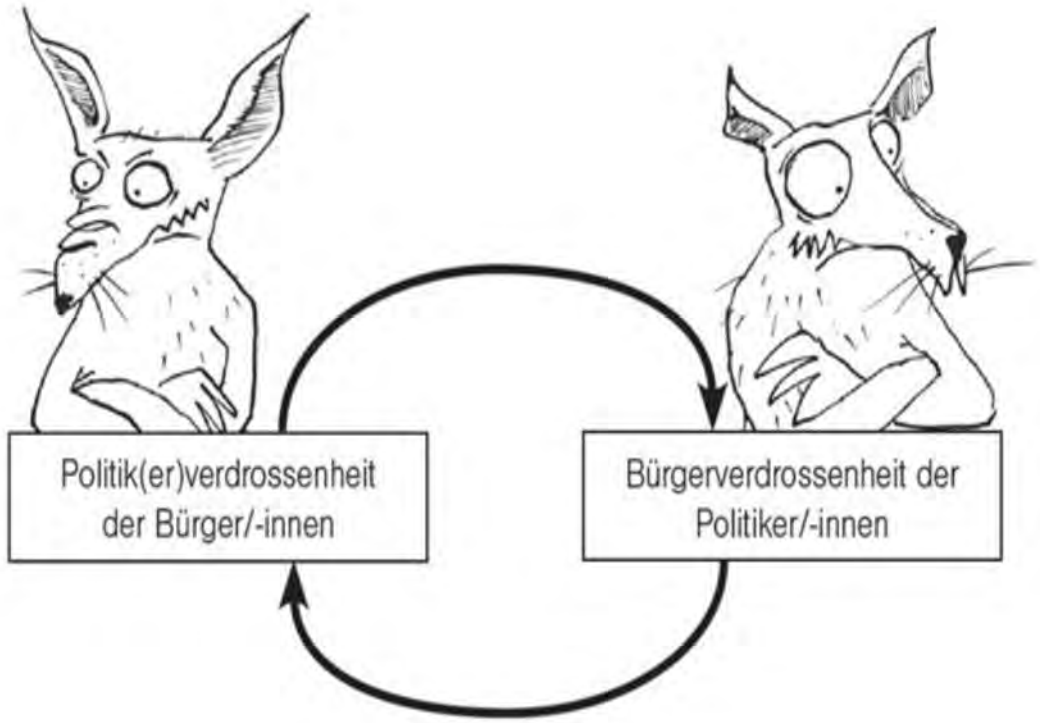
Gerechtigkeit ist das zentrale Thema des Denkers **John Rawls**. Für ihn ist das oberste Ziel der Politik die Schaffung einer fairen/gerechten Gesellschaft. Gerechtigkeit ist also etwas „vom Menschen geschaffenes". Hier besteht jedoch weiterhin das Problem der unterschiedlichen Interessen der Menschen aufgrund ihrer Biografie. So schreibt Rawls: „Wenn zum Beispiel jemand weiß, dass er reich ist, könnte er es vernünftig finden, für den Grundsatz einzutreten, dass gewisse Steuern, die Wohlfahrtsmaßnahmen dienen sollen, als ungerecht zu betrachten seien; weiß er dagegen, dass er arm ist, so würde er höchstwahrscheinlich für den entgegengesetzten Grundsatz eintreten" Deshalb müsse sich der Mensch in einem **Urzustand** befinden, in dem Unwissenheit über den eigenen Stand in der Gesellschaft herrscht. Die Verteilung der Güter bzw. Festlegung gerechter Regeln vollzieht sich somit unter einem **Schleier des Nichtwissens** unter dem die Menschen gemäß der **Maximin-Regel** versuchen, Grundsätze festzulegen deren schlechtest-mögliches Ergebnis besser ist, als dass aller anderen Varianten. Rawls möchte Gerechtigkeit durch die Gewährung von **Freiheitsrechten** und **Chancengleichheit** für alle erreichen. Allerdings herrsche in der Gesellschaft keine Chancengleichheit, da **irrelevante Merkmale wie Geschlecht, Herkunft, Alter, Vermögen und Religion** häufig über den Karriereweg entscheiden. Jedoch sollten Positionen nur nach Beurteilung der **relevanten Merkmale wie Leistungsbereitschaft, Begabung & Fähigkeiten und Qualifikationsgrad** vergeben werden. Aufgrund dieser Ungleichheiten (insbesondere Vermögen) ist eine Umverteilung zugunsten der am schlechtesten gestellten Gesellschaftsmitglieder legitim. Der beste Weg um relevante und irrelevante Merkmale anzugleichen liegt für Rawls allerdings in einer aktiven staatlichen Bildungspolitik, die ungleiche Startchancen ausgleichen soll. Gelingt es also, die Aneignung relevanter Merkmale für alle Menschen auf gleicher Basis zu ermöglichen, so ist **Bildungspolitik die effizienteste Form der Sozialpolitik**.

Abendlicher Exkurs

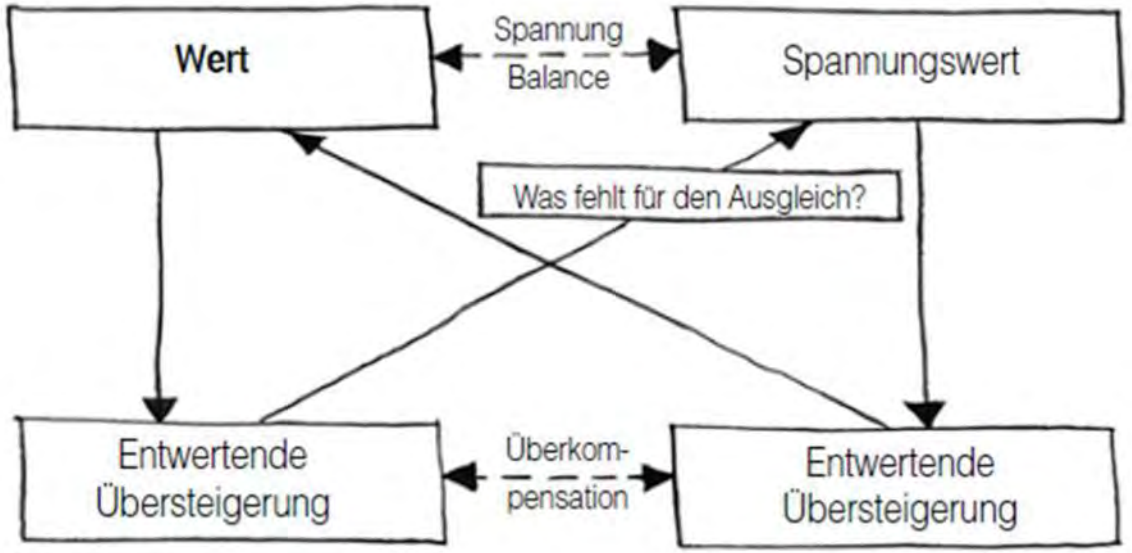
Ein Argumentationstraining für den Umgang mit Populismus und Stammtischparolen.

Zunächst wird der Begriff “Populismus” von Tjerk aus Perspektive der Politikwissenschaften eingeordnet. Spannend scheint hier die Aussage von Markus Söder (CSU): „Natürlich bin ich als Politiker Populist?!” Diese Aussage ist problematisch, wenngleich der Duden hier vielleicht zustimmen würde und Populismus als „opportunistische Politik, welche die Gunst der Massen zu gewinnen versucht“ definiert. In der Folge zeigt sich, dass es schwierig ist eine einheitliche Definition zu finden und Populismus zum Teil mit Mittel des legitimen Werbens um Wählergunst verwechselt- sowie als politischer Kampfbegriff eingesetzt („populistisch sind immer die anderen“) wird. In seiner eigentlichen Form soll der Vorwurf des Populismus jedoch die Grenzüberschreitung im politischen Diskurs anzeigen. Um diese klar zu erkennen, hilft die Orientierung an folgenden Merkmalen des Populismus: **Instrumentalisierung von Emotionen, Verschleierung von Komplexität, Anbiederung an einen vermuteten Mehrheitswillen.** Zentral ist dabei der Versuch, politische Probleme auf einen **Grundgegensatz eines „wir**“ (als die ‘einfachen’ Bürger = das Volk) **gegen „die“** (korrupte, machtbesessene „Elite“) zu reduzieren, welcher nur durch eine Abschaffung dieser Polit-Elite und eine Besinnung auf den „vernünftigen“ Volkswillen überwunden werden könne. Besondere Sprengkraft birgt dieser Populismus durch seine oftmals starke Instrumentalisierung **von Emotionen gegenüber Minderheiten, die Ablehnung pluralistischen Diskurses und der Propagation einfachster (meist falscher) Lösungen**. Dominik veranstaltet in der Folge ein Argumentationstraining gegen Stammtischparolen, eine oftmals im privaten Bereich vorzufindende Form des Populismus. **Stammtischparolen** zeichnen sich dabei neben **Pauschalisierungen** vor allem durch **aggressive Rechthaberei und Selbstgerechtigkeit** aus. Sehen wir trotz der Aussage einer Stammtischparole die Möglichkeit, mit dem Gesprächspartner einen ergebnisoffenen, demokratischen Dialog zu führen, so bieten sich folgende **Methoden** an:

1) Sensibilisierung für Wechselwirkungen



2) Das Wertequadrat



Generell gelten drei **Handlungsoptionen** in der Praxis:
1) **Gespräch verschieben** (denn wenn eine Person sich in Rage redet, wird ein ergebnisoffener Dialog unwahrscheinlich)
→ „Ich sehe das anders, aber können wir darüber lieber in einer ruhigen Minute sprechen?“

2) Zuhören, verstehen, sensibilisieren
→ Dabei durch offene, interessierte Nachfragen das Gespräch beginnen: “Der Gedanke ist neu für mich. Warum siehst Du das so?”
→ In der folgenden Diskussion können im Zuge einer Situationsanalyse auch die beiden Methoden “Wechselwirkungen” und “Wertequadrat” zum Einsatz gebracht werden.

3) **Notwendiges Distanzieren** (Vorsicht: Nur wenn ihr euch sicher fühlt! - z.B. in öffentlichen Situationen) → Fällt eine höchst unangemessene Aussage in eurer direkten Umgebung, so gilt folgende Handlungsempfehlung zur Distanzierung:
a) Aussage wiederholen und nachfragen: „Entschuldigung, habe ich das gerade richtig
gehört, dass …?“
b) Gefühl zum Ausdruck bringen: “Ich fühle mich dabei sehr unwohl, wenn…” c) Wunsch formulieren: “So etwas möchte ich hier nicht hören.”

01.08., Dienstag

Verteilungsgerechtigkeit

Block III.
Tjerk gibt einen kurzen Rückblick über den vergangenen Tag und führt in den zweiten Teilbereich der Politikwissenschaft ein. In der **Vergleichenden Regierungslehre** richtet sich der Blick aus unserer Perspektive auf die **Probleme bei der Politikformulierung, -terminierung und -implementierung**.
Ausgehend von einer Diskussion weltweiter Verteilungsgerechtigkeit wird die **Rolle von Eigentum und Eigentumsgarantie in Deutschland** übergeleitet - unter welchen Umständen darf in Deutschland auf persönliches Eigentum oder Geld durch den Staat zurückgegriffen werden - welche Nachteile würden entstehen, wenn im Sinne einer absoluten Gleichverteilung alle Vermögen so umverteilt werden, dass jeder Bürger absolut den selben Besitz hat? Anschließende werden sanftere Formen der Umverteilung, etwa im Zuge von Versicherungen oder zur Grundversorgung vorgestellt. Im Gegensatz zu extremen Umverteilungsformen weisen diese starke Effizienzgewinne auf, von denen alle Menschen, arm und reich, profitieren können. Anschließend wird ein Augenmerk auf Chancengerechtigkeit im deutschen Bildungssystem und die Schwierigkeit von sozialstaatlichen Reformen gelegt.

Zuerst verdeutlicht Tjerk anhand des **Gini-Koeffizienten** wie Ungleichheit in der Welt anhand der Vermögensverteilung gemessen werden kann. Der Koeffizient misst in einem Spektrum von 0-1 (manchmal auch 0-100), welcher Anteil der Bevölkerung über welchen Anteil am gesamten nationalen Vermögen verfügt. Ein Gini von 0 korrespondiert hierbei mit absoluter Gleichverteilung, jeder Bürger im Staat verfügt über den genau gleichen Anteil an Vermögen. Ein Gini von 1 steht hingegen für die extremste Form von Ungleichheit - je nach Skalierung verfügt diesem Wert zu folge eine Person oder 1% der Bevölkerung über 100% des gesamten Vermögens. Anhand der globalen Gini-Werte wird einerseits hervorgehoben, dass laut dieses Indizes Deutschland mit Blick auf die Verteilungsgerechtigkeit relativ gut dazustehen scheint: Gini-Werte zwischen 0,34-0,40 (je nach Quelle), sind international recht niedrig - vor allem nicht-demokratisch regierte Länder sowie die USA weisen dagegen recht hohe Ginis jenseits von 0,5 auf. Die **Aussagekraft des Index** wird anschließend diskutiert. Den Teilnehmer fällt schnell auf, dass **von hoher Verteilungsgerechtigkeit nicht immer auf hohes Wohlergehen geschlossen werden kann**, da viele afrikanische Staaten oft einen recht niedrigen Gini-Wert aufweisen, was - recht zynisch ausgedrückt - schlicht bedeutet, dass die meisten Personen in diesen Staaten alle **gleich wenig** Vermögen zur Verfügung haben. Gleichzeitig wird herausgestellt, dass durchaus eine Verbindung zwischen Demokratie und höherer Verteilungsgerechtigkeit zu bestehen scheint, da vor allem europäische Staaten niedrige Werte aufweisen, während weniger demokratische oder auch stärker zentralisierte Staaten häufig eine größere Ungleichverteilung zu fördern scheinen– hierbei wird auch noch einmal die Relevanz **extraktiver Wirtschafts- und Politikinstitutionen**, wie im Reader durch einen Beitrag aus dem Buch „Warum Nationen scheitern“, illustriert.

Es folgt eine Teilnehmerdiskussion, die sich einerseits um den Schutz des Eigentums und andererseits um die Schranken des Eigentums dreht. Die Teilnehmer liefern wertvolle Beiträge inwiefern ein Eingriff in das Eigentum eines Menschen gerechtfertigt sein kann. Beispielsweise sei eine grenzenlose Anhäufung, die zur Monopolbildung oder zu einer Oligarchenstruktur führe, nicht zulässig. Auch zum Wohle der Allgemeinheit dürfe eine Enteignung stattfinden, wie im Falle gefährdeter Atomkraftwerke.

Tjerk nennt im Kontext des Reader-Beitrages zur Institutionenanalyse die wirtschaftlichen Vorteile des Eigentumsschutzes. Die Teilnehmer greifen diesen Gedanken auf und erläutern anhand des Wirtschaftskreislaufes die Bedeutung von Eigentumssicherheit, ohne die keine Investitionen getätigt würden. Anhand des **Artikel 14 GG, dem "Eigentumsparagraphen"** wird der Status von Eigentum konkret in Deutschland diskutiert. Die vielzitierten Sätze "**Eigentum wird gewährleistet**" und "**Eigentum verpflichtet**" werden tiefergehend diskutiert und erläutert. Enteignung ist letztlich nur zum Wohle der Allgemeinheit möglich, hier werden auf Referentenseite Mietbestimmungen, Denkmal- und Naturschutz und Katastrophenmaßnahmen genannt. Aus der Perspektive des Eigentums stellt sich die Frage, ob die Erhebung von Steuern gerechtfertigt ist. Schnell verweisen die Teilnehmer auf den Steuerbedarf des Staates, der sich aus den **Anforderungen an staatliche Leistungen** ergibt.
Wie wandelbar ein staatlicher Leistungskatalog sein kann, wird anhand drei polit-ökonomischer Staatsmodelle, dem **Liberalismus, Sozialismus und der Sozialen Marktwirtschaft** beschrieben.

Während im Liberalismus dem Staat nur eine Nachtwächterrolle zukommt, er ausschließlich für die Bereitstellung grundlegender Bildung, Infrastruktur, der Verwaltung und zur Durchsetzung des Gewaltmonopols via Polizei und Armee berechtigt ist, sehen die Staatsaufgaben im Sozialismus grundlegend anders aus. Hier regelt der Staat nahezu alle Aspekte menschlichen Lebens und stellt umfassende Gesundheitsversorgung ebenso kostenlos bereit wie höhere Bildung und grundlegende Ressourcen wie Strom und Wasser. Gleichzeitig greift er jedoch auch umfassend in die Entscheidungsfreiheit und den Besitz ein, indem beispielsweise die Studienwahl vorgeschrieben und Gehälter stark gedeckelt werden. Die Wirtschaft wird nicht durch einen Marktmechanismus und den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage, sondern durch den Staat und technokratisch handelnde Beamte gesteuert.

Einen Ausgleich zwischen beiden Formen bietet das System der Sozialen Marktwirtschaft. Hierbei wird versucht, die Stärken des Kapitalismus zu nutzen, während gleichzeitig Fehlentwicklungen durch staatliches Handeln und Steuerung präventiv begegnet werden soll. Die Teilnehmer entwerfen eine Übersicht über beide Aspekte.

Stärken des Kapitalismus
- Wettbewerb: niedrige Preise, Qualitätssteigerung, Innovation
- Minimaler Einsatz, maximaler Gewinn als Prinzip jedes Menschen
- Economies of scale: Effizienz aufgrund von Größenvorteilen z.B. Landwirtschaft
- Informationsaustausch

Fehlentwicklungen im Kapitalismus
- Verteilungsungleichheit
- Krisenpotential durch Überhitzung des Marktes
- Verlierer des Wettbewerbs
- Monopolbildung

Ein besonders wichtiger Aspekt bei der Begegnung von Fehlentwicklungen eines marktgesteuerten Kapitalismus stellen staatliche garantierte oder staatlicherseits für alle vorgeschriebene **Versicherungssysteme** dar. Würde der Versicherungsmarkt nur durch Angebot und Nachfrage organisieren, würde es schnell zu Fehlentwicklungen kommen. Menschen, die krank sind oder sich stark gefährdet sehen, in Zukunft krank zu werden, würden eine Versicherung sehr stark nachfragen, während Leute, die äußerste gesund sind und risikoarm leben und arbeiten selten die Notwendigkeit einer Versicherung sehen würden. Was folgt ist **adverse Selektion**: Versicherungen würden nur “Bad Risks” anziehen - Leute, die sehr wahrscheinlich krank werden und Leistungen beziehen müssen, während “Good Risks”, Menschen, die in Zukunft vermutlich keine Leistungen benötigen, keine Versicherung abschließen würden. Dies würde eine Versicherung allerdings sehr teuer machen, da unter diesem System nur jene Leute Versicherungen nachfragen würden, die diese auch sicher in Anspruch nehmen. Die Leistung wäre so teuer, dass sich selbst jene, die sich eigentlich versichern sollten und möchten, es sich unter Umständen nicht mehr leisten könnten.

Gleichzeitig ist diese Entwicklung auch für alle Good Risks gefährlich, denn sie könnten plötzlich erkranken, einen Unfall haben o.Ä. und ebenfalls nicht mehr in der Lage sein, eine günstige Versicherung zu bekommen. Ein Ausgleich wird durch den Staat in Form einer Versicherungspflicht geschaffen. Indem sich alle Arbeitnehmer versichern müssen, kommt es zu **Risk pooling**: Manche Menschen werden sehr selten krank und zahlen über Jahre mehr Versicherungsbeiträge, als sie Leistungen in Anspruch nehmen, dieser Überschuss kann für Leute verwendet werden, die häufig Probleme haben. Gleichzeitig sichern sich gesunde Menschen damit für einen nicht abzuschätzenden Krankheitsfall ab. Die **Kosten und Unsicherheiten sinken für alle Beteiligten** und auch hohe Risikogruppen, in welchen sich jeder/viele Menschen im Laufe ihres Lebens wiederfinden (hohes Alter, Geburt, Schwangerschaft), können angemessen versichert werden. Somit schafft der Staat durch sein Eingreifen via Versicherungspflicht ein extrem effizientes System in dem gilt: **Durch Orientierung am allgemeinen Interesse maximiere ich auch mein Eigeninteresse**.

In einem letzten Schritt wird anhand des **Policy Cycles**, der Agenda 2010 und dem Theorienkonzept von Paul Piersons (New Politics of the Welfare State), die Schwierigkeit von Reformen in Sozialstaaten beschrieben. Oftmals kündigen sich Fehlentwicklungen wie eine demographisch-vermittelte Schieflage des Rentensystems über lange Zeit an, werden jedoch nicht effektiv durch die Politik angegangen. Einer der Hauptgründe hierfür ist das **enge Geflecht von Abhängigkeiten und Interessengruppen** innerhalb von Sozialstaaten - diese werden **durch Reformen oftmals** mit **unmittelbaren Verlusten** (Streichung des Arbeitslosengeldes zugunsten von Hartz IV) konfrontiert, während etwaige **Gewinne oft ungewiss und in der Zukunft erfolgen** (Entlastung der jungen Generation, Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie). Um politischen Wandel in diesem Dilemma durchzusetzen bedarf es vor allem effektivem Agenda Setting, oftmals begleitet durch taktisches Vorgehen (technische Sprache, Framing, Venue Shopping, Paketlösungen, Pay offs).

Bildungspolitik in Deutschland

Block IV.

Dominik leitet den Übergang von Verteilungs- zu Chancengerechtigkeit mit einer Diskussion deutscher Bildungsausgaben und des hiesigen Bildungssystems vor dem Hintergrund der **Humankapitaltheorie** ein. Bildungsnachfrage wird hier in einen Zusammenhang mit Bildungs- und Nutzenvorteile in Zukunft gerechtfertigt: **Eine Investition in Bildung führt zu einem höheren Einkommen und damit zu einer höheren Lebens- und Arbeitszufriedenheit.**

In einem Rückgriff auf die Theorie Rawls wird auf die nach wie vor starke Relevanz „irrelevanter Merkmale“ in der deutschen Bildungslandschaft verwiesen. Besonders einflussreich zeigt sich der Einfluss des Elternhauses.

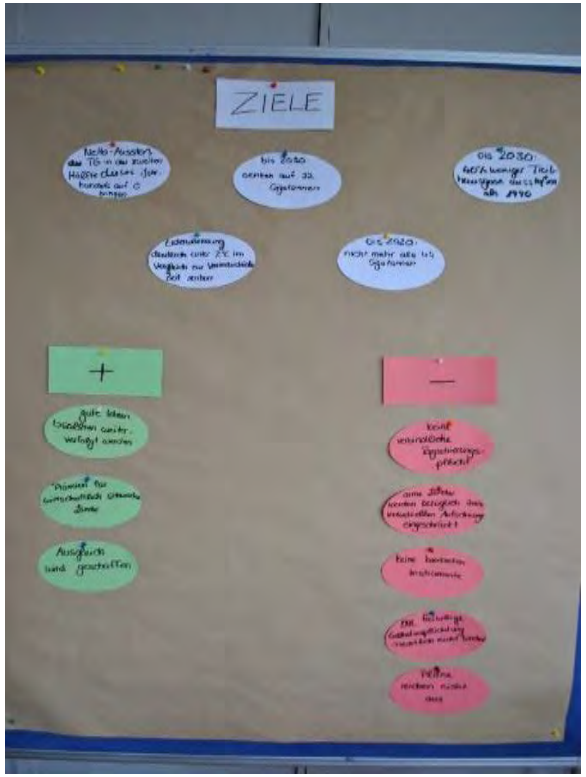
Die Teilnehmer entwickeln nun eigene Vorschläge zur Möglichkeit der Reduktion irrelevanter Merkmale im Bildungssystem der BRD. Gleichzeitig soll nach Strategien gesucht werden, die sowohl den Bildungserfolg von Schülern und Studenten sicherstellt und gleichzeitig nachhaltig finanzierbar erscheint.

Dabei decken sich die Teilnehmerideen mit Vorschlägen aus der Wissenschaft:

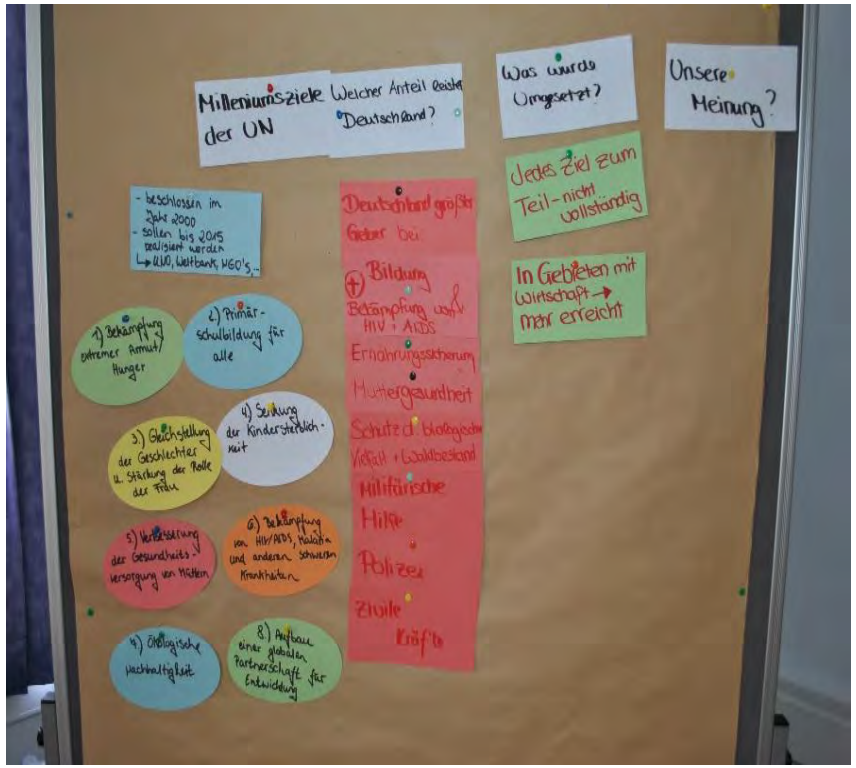
- frühkindliche Förderung durch verlängerte und ggf. verpflichtende Vorschulerziehung
- zentrale Abschlussprüfungen
- **Alternative zur staatlichen Hochschulfinanzierung: Einkommensabhängige Darlehen, Steuer auf Hochschulabsolventen?**

Gerechtigkeit in internationaler Perspektive

Block V.



Am Nachmittag rückt der Fokus auf die internationale Bühne. Tjerk gibt einen Überblick über die Bedeutung von Theorien der **Internationalen Beziehungen**, die sich mit Interaktionen zwischen Staaten, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und internationalen Organisationen beschäftigen, für das Verständnis internationaler Zusammenhänge. Als **Grundproblem** wird **die Abwesenheit einer Weltregierung bzw. eines internationalen Gewaltmonopols** beschrieben - ist gibt keine Weltpolizei, die internationale Recht bindend in und gegenüber allen Staaten durchsetzt, noch gibt es ein umfassendes Rechtswerk, an welches sich alle Staaten gebunden fühlen. Dieses Grundproblem greift etwa der **Realismus** auf. Diese Theorie geht davon aus, dass alle Staat in ständigem Interessenskonflikt miteinander stehen, wodurch internationale Politik zum Nullsummenspiel verkommt in welchem die Gewinne eines Staates die Verluste eines anderen darstellen. Macht ist die einzige Währung, die Staaten untereinander akzeptieren und letztendlich gibt nicht das Streben nach Gerechtigkeit, sondern die Möglichkeit, Zwang auszuüben, die Route internationaler Kooperation vor.
Einen anderen Weg geht der **Institutionalismus** und nimmt die Möglichkeit zu harmonischerer Kooperation an. Laut ihm schaffen große internationale Organisationen wie die UN oder die EU **Vertrauen und eine Basis für Kooperation der** Staaten untereinander und auf ein gemeinsames Ziel hin. Tjerk stellt anschließend das **System der UN** und ihren Beitrag zur Lösung verschiedener internationaler Konflikte vor. Von den Teilnehmern wird anschließend zu den **Milleniumszielen** und dem **Pariser Klimaabkommen** recherchiert und die effizient internationaler Kooperation und der Beitrag beider Programme zu globaler Gerechtigkeit diskutiert.



Es zeigt sich, dass beide Übereinkünfte bisher hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Gerade die Ziele des Pariser Klimaabkommens sind dabei sehr vage formuliert und bieten den Ländern viele Möglichkeiten, ihr Engagement in kleinem Rahmen zu halten. An beiden Übereinkommen zeigt sich, dass auch **scheinbar bedeutsame Institutionen wie die UN die Probleme globaler Ungerechtigkeit wie der Umweltverschmutzung oder Armut und Chancenlosigkeit im globalen Süden nicht effizient begegnen können, da sie oftmals nicht über wirksame Zwangsmechanismen verfügen** und - um breite Zustimmung zu erreichen, ihre Ziele oft nur vage formulieren können. Größere Wichtigkeit könnte in Zukunft das Engagement nicht-staatlicher Akteure sowie lokalerer Organisationsformen bekommen.

Abend: Rotary-Kamingespräche

Diese Erkenntnis bat eine gute Anknüpfung an das Treffen mit Rotariern am Dienstagabend. Die Club-Mitglieder beschrieben **Rotary‘s Engagement** auf lokaler und internationaler Ebene anhand verschiedener Projekte des Clubs, welche von der Bereitstellung von Mitteln für die Flüchtlingshilfe im Landkreis Nienburg über die Sicherung sauberen Trinkwassers für rumänische Dörfer bis zur weltweiten Kampagne mit dem Ziel, Polio auszurotten, reichte. Anschließend stand der Abend ganz im Zeichen eines lockeren Austausches bei dem die Rotarier einerseits erfahren konnten, wie die Akademie bisher verlaufen ist, während die Teilnehmer andererseits mehr über Ziele und das Miteinander des Rotary Clubs lernten und mit den Rotariern auch u. A. über Berufsbilder ins Gespräch kommen konnten.

02.08., Mittwoch

Bildungspolitik im Wahlkampf - Analyse der Wahlprogramme

Block VI.
Dominik gibt zu Beginn eine Rückschau vor dem Hintergrund der kennengelernten Gerechtigkeitsmerkmale und Chancengleichheit in der Bildungspolitik. Unter diesen Aspekten sollen die Teilnehmer einen Blick auf die Wahlprogramme der Parteien werfen und diese auch im Hinblick auf den **Policy-Cycle** realistisch bewerten.
Es zeigen sich in der Analyse bereits in diesem sehr kleinen Ausschnitt der Wahlprogramme gravierende Unterschiede zwischen den Parteien. Dabei bestehen **Differenzen in Bezug auf die Systemfrage** (dreigliedriges Schulsystem vs. Gesamtschuldmodell oder Bachelor/Master vs. Diplom/Magister), die **Finanzierung und die Integration von Flüchtlingen sowie Kindern mit Handicap**.
Eine Übersicht der einzelnen Parteien und ihrer Positionen in der Bildungspolitik findet sich unter: www.bundestagswahl-bw.de

Viel entscheidender: Wir leben in einer Demokratie, in der wir die tatsächliche Auswahl zwischen Parteien mit ganz unterschiedlichen Programmen haben, die alle mit dem Ziel antreten, die deutsche Politik zu verbessern und an aktuelle Herausforderungen anzupassen. **Die Stammtischparole: "Die Parteien machen doch alle das Gleiche" können wir also nicht stehen lassen**. Dabei werden wir bei unserer Wahlentscheidung wohl keine Partei finden, der wir zu 100% in allen Bereichen zustimmen, aber es lohnt sich, einen differenzierten Einblick in die unterschiedlichen Wahlprogramme zu gewinnen, um eine Wahl zu treffen, die die eigenen Interessen und Werte bestmöglich vertritt.
Nach einer gemeinsamen Feedbackrunde, von der wir als Referenten in hohem Maße profitieren konnten folgte auf ein letztes gemeinsames Mittagessen schon die Verabschiedung.
Wir, Dominik und Tjerk, möchten uns noch einmal ganz herzlich bei euch, liebe Teilnehmer bedanken! Hinter uns liegen drei intensive, spannende, aber auch oft lustige Seminartage, die ganz wesentlich von eurem Wissensdurst, eurer Begeisterung und euren tollen Charakteren getragen waren! Wir hoffen, dass ihr viele wertvolle Gedanken mit nach Hause nehmen konntet und auch weiterhin Lust und Freude mitbringt, dicke Bretter zu bohren!
Beste Grüße und hoffentlich auf Wiedersehen,
Dominik und Tjerk